

Kirchliche Zeitläufe.

Von Peter Sinthern S. J.

1. Der Vormarsch des Friedensgedankens. Friedenshoffnungen. — 2. Hemmungen des Friedensgedankens. — 3. Aussichten des päpstlichen Friedensgedankens.

1. Der Vormarsch des Friedensgedankens. Friedenshoffnungen. In seinem Rundschreiben zum ersten Jahrestage des Weltkrieges rief Papst Benedikt XV. Gottes Segen auf den herab, der als erster die Hand zum Frieden erhebt. Am 12. Dezember 1916 erfolgte ein ganz vom Geiste der Versöhnlichkeit durchwehtes Friedensangebot von seiten der Mittelmächte. Tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten in der deutschen Öffentlichkeit führten, nach lebhaften Auseinandersetzungen über den U-Bootkrieg, für das Auge der Nichtbeteiligten etwas unvermittelt, zur Friedensresolution des Reichstages vom 19. Juli 1917. Erzwangene Gebiets-erwerbungen, politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen, sowie alle Pläne, welche auf eine wirtschaftliche Absperrung und Verfeindung der Völker über den Krieg hinaus ausgehen, werden abgelehnt; positiv wird die Freiheit und Selbständigkeit Deutschlands, die Unversehrtheit seines territorialen Besitzes, die Freiheit der Meere, der wirtschaftliche Friede und die Förderung der internationalen Rechtsorganisation verlangt. Ganz im selben Sinne stellte sich eine Entschließung des am 24. Juli 1917 in Frankfurt tagenden Reichsausschusses der Zentrumspartei auf den Boden eines Friedens der Verständigung und des Ausgleiches, der zugleich Deutschlands Sicherung und wirtschaftliche Weiterentwicklung gewährleiste. In Deutschland hatte die innere Entwicklung bei einem ganz natürlichen Anlaß zu diesem Ergebnis geführt, wie wenig sie auch den in der Minderheit verbliebenen Vertretern einer schärferen Tonart behagen mochte. Diese Minderheit war und ist organisiert in der unter der Leitung des Großadmirals v. Tirpitz stehenden Vaterlandspartei, welche auch nach ihrer parlamentarischen Niederlage den Kampf nicht aufgab.

Da erschien am 1. August 1917 die von uns bereits früher ausführlich besprochene päpstliche Friedensnote, deren Inhalt sich zum großen Teile mit dem von der Reichstagsmehrheit in ihrer Entschließung eingenommenen Standpunkte deckt, aber auf dem durch diese Entschließung eingeschlagenen Wege noch einen Schritt weiter geht, indem sie zu einer gleichzeitigen und gegenseitigen Verminderung der Rüstungen nach bestimmten Regeln und unter bestimmten Sicherheiten anregt und das große Wort ausspricht, daß an die Stelle der materiellen Kraft der Waffen die moralische Kraft des Rechtes treten solle. Von den nach dem Gesagten begreiflichen Ausnahmen abgerechnet, wurde die Friedensnote des Papstes vom deutschen Volke ohne Unterschied der Konfession mit Freuden

begrüßt. Am 19. September erteilte auch die deutsche Regierung auf die Note eine durchaus entgegenkommende Antwort. Das gleiche war in Oesterreich-Ungarn der Fall, wo der Geist der Versöhnung vom Grafen Czernin in seiner sehr klugen und eindrucksvollen Budapestter Rede noch dick unterstrichen wurde.

Die Antwort Deutschlands, welche im Einvernehmen mit dem deutschen Reichstage festgestellt wurde, ist an Kardinal Gasparri gerichtet und unterzeichnet vom Reichskanzler Dr. Michaelis.

Der Kaiser „hegt den innigsten Wunsch, daß zum Heile der ganzen Welt dem päpstlichen Rufe Erfolg beschieden sein möge“. Vom ersten Tage seiner Regierung an sei der Kaiser nur auf die Sicherung der friedlichen Entwicklung des deutschen Volkes bedacht gewesen und auch das deutsche Volk habe nie einen anderen Wunsch gehabt. Die Friedenskundgebung des Reichstages vom 19. Juli 1917 zeige, wie sehr es der Regierung und dem Volke am Herzen liege, „greifbare Grundlagen für einen gerechten und dauerhaften Frieden zu finden“. „Mit besonderer Sympathie“ wird der „führende Gedanke des Friedensrufes“ begrüßt, „daß künftig an die Stelle der materiellen Macht der Waffen die moralische Macht des Rechtes treten muß“, daß „der kranke Körper der menschlichen Gesellschaft nur durch eine Stärkung der sittlichen Kraft des Rechtes gesunden kann. Hieraus würde nach Ansicht Seiner Heiligkeit die gleichzeitige Herabminderung der Streitkräfte aller Staaten und die Errichtung eines verbindlichen Schiedsverfahrens für internationale Streitfragen folgen. Wir teilen die Auffassung Seiner Heiligkeit, daß bestimmte Regeln und gewisse Sicherheiten für gleichzeitige und gegenseitige Rüstungen zu Lande, zu Wasser und in der Luft sowie für die wahre Freiheit und Gemeinsamkeit der hohen See diejenigen Gegenstände darstellen, bei deren Behandlung der neue Geist, der künftig im Verhältnis der Staaten zueinander herrschen soll, den ersten verheißungsvollen Ausdruck finden müßte. Es würde sich sodann ohne weiteres die Aufgabe ergeben, auftauchende internationale Meinungsverschiedenheiten nicht durch das Aufgebot der Streitkräfte, sondern durch friedliche Mittel, insbesondere auch auf dem Wege des Schiedsgerichtsverfahrens entscheiden zu lassen, dessen hohe, friedensstiftende Wirkung wir mit Seiner Heiligkeit voll anerkennen. Die kaiserliche Regierung wird dabei jeden Vorschlag unterstützen, der mit den Lebensinteressen des Deutschen Reiches und Volkes vereinbar ist. Deutschland ist durch seine geographische Lage und durch seine wirtschaftlichen Bedürfnisse auf den friedlichen Verkehr mit den Nachbarn und mit dem fernen Ausland angewiesen. Kein Volk hat daher mehr als das deutsche Anlaß, zu wünschen, daß an die Stelle des allgemeinen Hasses und Kampfes ein verständlicher und brüderlicher Geist zwischen den Nationen zur Geltung kommt. Wenn die Völker, von diesem Geist geleitet, zu ihrem Heil erkannt haben werden, daß es gilt, mehr das Einigende als das Trennende in ihren Beziehungen zu betonen, wird es ihnen gelingen, auch die einzelnen noch offenen Streitpunkte so zu regeln, daß jedem Volke befriedigende Daseinsbedingungen geschaffen werden und damit eine Wiedertehr der großen Völkerkatastrophe ausgeschlossen erscheint. Nur unter dieser Voraussetzung kann ein dauernder Friede begründet werden, der die geistige Wiederannäherung und das wirtschaftliche Wiederaufblühen der menschlichen Gesellschaft begünstigt. Diese ernste und aufrichtige Ueberzeugung ermutigt uns zu der Zuversicht, daß auch unsere Gegner in dem von Seiner Heiligkeit zur Erwägung unterbreiteten Gedanken eine geeignete Grundlage sehen möchten, um unter Bedingungen, die dem Geiste der Billigkeit und der Lage Europas entsprechen, der Vorbereitung eines künftigen Friedens näher zu treten“.

Die österreichisch-ungarische Antwort ist an den Heiligen Vater persönlich gerichtet und vom Kaiser Karl selbst unterzeichnet. Sie trägt das Datum vom 20. September und bezieht sich auf die Note des Heiligen Vaters „vom 16. August“.

Nach der Einleitung heißt es: „Seit Besteigung des Thrones Unserer Ahnen der Verantwortlichkeit voll bewußt, die Wir vor Gott und den Menschen für das Uns anvertraute Schicksal der österreichisch-ungarischen Monarchie tragen, haben Wir nie das hohe Ziel aus den Augen verloren, Unsere Völker baldigst der Segnungen des Friedens theilhaftig werden zu lassen. Bald nach Unserem Regierungsantritt war es Uns denn auch vergönnt, in Gemeinschaft mit Unseren Verbündeten einen schon von Unserem erhabenen Vorgänger, weiland Kaiser und König Franz Josef erwogenen und vorbereiteten Schritt zur Anbahnung eines ehrenvollen und dauernden Friedens zu unternehmen. In Unserer bei Eröffnung des österreichischen Reichsrates gehaltenen Thronrede haben Wir diesem Wunsche Ausdruck verliehen und hiebei betont, daß Wir einen Frieden erstreben, der das fernere Leben der Völker von Groll und Rachsucht befreit und der sie auf Generationen hinaus vor Anwendung der Waffengewalt sichert. Unsere gemeinsame Regierung hatte es inzwischen nicht unterlassen, in wiederholten und eindringlichen, in der ganzen Welt hörbaren Kundgebungen Unseren und den Willen der Völker der österreichisch-ungarischen Monarchie zum Ausdruck zu bringen, dem Blutvergießen durch einen Frieden, wie er Euer Heiligkeit selbst vorschwebt, ein Ende zu machen. Von dem Gedanken beglückt, daß Unsere Wünsche von Anbeginn an auf das gleiche Ziel gerichtet waren, das Eure Heiligkeit heute als das anzustrebendste bezeichnen, haben Wir die Uns jüngst zugekommenen konkreten und praktischen Anregungen Euer Heiligkeit einer eingehenden Erwägung unterzogen, die zu folgendem Ergebnisse geführt haben: Mit der Kraft tiefwurzelnder Ueberzeugung begrüßen Wir den leitenden Gedanken Eurer Heiligkeit, daß die künftige Weltordnung unter Ausschaltung der Waffen auf der moralischen Weltmacht des Rechtes, auf der Herrschaft der internationalen Gerechtigkeit und Gesetzmäßigkeit ruhen müßte. Auch sind Wir von der Hoffnung durchdrungen, daß eine Hebung des Rechtsbewußtseins die Menschheit regenerieren würde. Wir treten dabei der Auffassung Eurer Heiligkeit bei, daß Verhandlungen der Kriegführenden zu einer Verständigung darüber führen sollten und könnten, unter Schaffung entsprechender Sicherheiten die Rüstungen zu Lande, zu Wasser und in den Lüften gleichzeitig, wechselseitig und schrittweise auf ein bestimmtes Maß herabzusetzen und die von rechts wegen allen Völkern der Erde gehörende hohe See von der Herrschaft oder Vorherrschaft einzelner zu befreien und der gleichmäßigen Benutzung aller zu eröffnen. Der friedentiftenden Bedeutung des von Eurer Heiligkeit vorgeschlagenen Mittels, internationale Streitfragen der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit zu unterwerfen, voll bewußt, sind Wir bereit, auch über diesen Vorschlag Eurer Heiligkeit in Verhandlungen zu treten. Wenn es, wie Wir es von ganzem Herzen wünschen, gelingen sollte, zu Vereinbarungen der Kriegführenden zu gelangen, welche diese Ihre Gedanken verwirklichen, und damit der österreichisch-ungarischen Monarchie die Sicherheit für ihre ungehemmte Weiterentwicklung geben, dann kann es auch nicht schwer fallen, sonstige zwischen den kriegführenden Staaten noch zu regelnde Fragen im Geiste der Gerechtigkeit und billigen Rücksichtnahme auf wechselseitige Daseinsbedingungen einer befriedigenden Lösung zuzuführen. Wenn die Völker der Erde im Sinne dieser Vorschläge Eurer Heiligkeit friedfertig miteinander in Verhandlungen treten, dann könnte hieraus der dauernde Friede erblühen, sie könnten vollkommene Bewegungsfreiheit auf hoher See erlangen, schwere materielle Lasten würden von ihnen genommen und neue Quellen des Wohlstandes für sie eröffnet werden. Vom Gebot der Mäßigung und Veröhnlichkeit geleitet,

erblicken Wir in den von Eurer Heiligkeit gemachten Vorschlägen geeignete Grundlagen für die Einleitung von Verhandlungen zur Vorbereitung eines für alle gerechten und dauerhaften Friedens, und erhoffen lebhaft, daß auch unsere heutigen Feinde von dem gleichen Gedanken beseelt sein mögen. In diesem Sinne bitten Wir den Allmächtigen, er möge das von Eurer Heiligkeit eingeleitete Friedenswerk segnen."

Zur deutschen Antwort bemerkte Staatssekretär v. Rühlmann im Hauptausschuß des deutschen Reichstages am 29. September:

"Wie immer auch das unmittelbare Ergebnis des päpstlichen Friedensschrittes sich gestalten möge, dies eine stehe ich nicht an, schon jetzt zu sagen, daß diese mutige Initiative des Papstes, der, auf hoher Warte stehend und gestützt auf die ehrwürdigen Traditionen eines mehr als tausendjährigen Priesteramtes, besonders zum Mittleramt sich berufen fühlte, einen Abschnitt in der Geschichte dieses ungeheuren Völkerkampfes bedeutet, der als unverwelkliches Ruhmesblatt in den Annalen der päpstlichen Diplomatie erscheinen wird. Es war eine Tat, da der Papst das Wort vom Frieden in das Getümmel eines Kampfes geworfen hat, der droht, Europa in eine blutgetränkte Trümmersstätte zu verwandeln. Gerade das deutsche Volk und die deutsche Regierung, denen das Bewußtsein ihrer Stärke und inneren Sicherheit immer leicht gemacht hat, ihre Bereitwilligkeit zu einem ehrenvollen Frieden zu betonen, hatten allen Grund, die Initiative der Kurie dankbar zu begrüßen, die es ihnen ermöglicht hat, die nationale deutsche Politik aufs neue in klarer und unzweideutiger Weise darzulegen." Im Verlaufe seiner Rede appelliert v. Rühlmann an die Solidarität Europas. "Daß Europa nicht zugrunde gehe, ist vielleicht heute noch, mitten in diesem gewaltigen Kriege, ein gemeinsames Interesse aller Großstaaten. Der endgültige Zusammenbruch wird jeden einzelnen Staat, welcher Gruppe er auch angehören möge, schwächen und zukunftsärmer hinterlassen, manche ganz gebrochen und jeder großen nationalen Zukunftshoffnung bar." "Der Papst verkündet den Frieden auf Erden. Doch auch heute noch gilt das Wort: Friede denen, die guten Willens sind! Der tiefste Grundgedanke der deutschen Note war, dem Heiligen Vater behilflich zu sein, diejenige Atmosphäre zu schaffen, welche überhaupt für eine fruchtbare Besprechung der zahlreichen, die Völker trennenden Streitfragen unbedingt nötig ist. Jeder diplomatisch Erfahrene weiß, daß bei derartigen Verhandlungen die Atmosphäre, die umgebende Luft, die Stimmung, unendlich wichtiger sind, als selbst weitauseinanderliegende Forderungen. Wenn man die Stimmung unserer Feinde nach den öffentlichen Äußerungen ihrer Presse und ihrer leitenden Staatsmänner beurteilen wollte, so könnte man zu sehr trüben Ergebnissen gelangen." Solange die Feinde ihren bekannten Wahnsforderungen nicht entsagen, "wird dem Schwerte das Wort bleiben". Vor dem beginnenden Winterfeldzug hat die päpstliche Entscheidung die Völker noch einmal an den Scheideweg gestellt.

Eine Erläuterung der österreichisch-ungarischen Antwort war die Rede des Grafen Czernin gelegentlich eines Mahles in Budapest.

Den Grundsatz Talleyrands, Worte seien da, um Gedanken zu verhüllen, weist Graf Czernin weit von sich. "Als ich auf meinen Posten gestellt wurde, benützte ich die erste Gelegenheit, um offen zu erklären, daß wir keine Vergewaltigungen begehen wollen, daß wir aber auch keine solchen erdulden werden und daß wir bereit sind, in Friedensverhandlungen einzutreten, sobald unsere Feinde diesen Standpunkt eines Verständigungsfriedens annehmen." Nachdem er so mit bemerkenswerter Klarheit den Sinn des "Verständigungsfriedens" scharf gezeichnet, führt er aus, wie der Krieg unter anderen Dingen, welche früher die Grundlage der Politik Europas bildeten, auch jene zerstört habe, daß die österreichisch-ungarische Monarchie dem Ver-

falle nahe sei. Bis zu dem Augenblicke, wo wir den Beweis erbracht hatten, daß die Monarchie mit Waffengewalt nicht zu vernichten sei, „konnten wir auf den Schutz der Rüstungen nicht verzichten und uns einer mißgünstigen Behandlung unserer Lebensfragen durch einen von der Legende unseres bevorstehenden Zusammenbruches beeinflussten Aropropag nicht aussetzen. Mit dem Augenblick aber, in welchem dieser Beweis erbracht ist, sind wir in der Lage, gleichzeitig mit unseren Gegnern die Waffen abzulegen und unsere etwaigen Streitigkeiten schiedsgerichtlich und friedlich zu regeln. Diese Erkenntnis, die sich in der Welt durchgerungen hat, bietet uns die Möglichkeit, den Abrüstungs- und Schiedsgerichtsgedanken nicht nur anzunehmen, sondern, wie Sie, meine Herren, wissen, schon seit geraumer Zeit für deren Verwirklichung mit allen Kräften einzutreten“. Europa wird ohne Zweifel nach diesem Kriege auf eine neue Rechtsbasis gestellt werden, Katastrophen wie die gegenwärtige gehen nicht ohne tiefe Spuren vorüber und das schrecklichste Unglück, welches uns widerfahren könnte, wäre, wenn das Betrüben nach dem Kriege seinen Fortgang nehmen würde, es würde den wirtschaftlichen Ruin aller Staaten bedeuten. „Dieser Krieg hat gelehrt, daß mit einem Vielfachen der früheren Rüstungen gerechnet werden muß. Um nach diesem Kriege bei freier Rüstungskonkurrenz auf der Höhe zu bleiben, müßten alle Staaten alles verzehnfachen, sie müßten zehnmal so viel Artillerie, Munitionsfabriken, Schiffe und Unterseeboote als vorher und auch ungleich mehr Soldaten haben, um diesen Apparat spielen lassen zu können. Das jährliche Budget aller Großstaaten müßte mehrere Milliarden umfassen. Das ist eine Unmöglichkeit. Bei allen Lasten, welche alle kriegsführenden Staaten nach dem Friedensschluß sowieso schon mit sich schleppen werden, würden diese Ausgaben, ich wiederhole es, den Ruin der Völker bedeuten. Zurückzukehren auf die relativ geringen Rüstungen von 1914 würde für einen einzelnen Staat schon ganz und gar unmöglich, denn er wäre dadurch dermaßen in der Hinterhand, daß seine militärische Kraft nicht zählen und seine Auslagen daher völlig zwecklos werden würden. Wenn es aber überhaupt gelingen könnte, allgemein auf das relativ geringe Rüstungsniveau von 1914 zurückzukommen, dann würde dies ja bereits eine internationale Rüstungsverminderung bedeuten, nur hätte es allerdings gar keinen Sinn, nicht weiter zu gehen und tatsächlich abzurüsten. Aus diesem Engpasse gibt es nur einen einzigen Ausweg: internationale und vollständige Weltabrüstung. Die riesigen Flotten haben keinen Zweck, wenn die Staaten der Welt die Freiheit der Meere garantieren. Die Landheere müßten auf das geringe Maß reduziert werden, welches die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung erfordert. Und nur auf internationaler Basis, das heißt unter internationaler Kontrolle ist dies möglich. Wahrscheinlich wird die heutige Generation das Ende dieser größten pazifistischen Bewegung gar nicht in ihrer Vollständigkeit erleben. Sie kann sich nur langsam durchsetzen, aber ich halte es für unsere Pflicht, uns an die Spitze derselben zu stellen und alles Menschenmögliche zu machen, um ihr Durchgreifen zu beschleunigen. Beim Friedensschluß müssen ihre Grundprinzipien festgestellt werden.“ Die Freiheit der Meere, das heißt der hohen See, hindert nicht, daß „für die verbindenden Seestraßen besondere Vorschriften und Regeln werden gelten müssen“. „Wenn die internationale Abrüstung, die wir von ganzem Herzen ersehnen, von unseren heutigen Feinden angenommen und zur Tatsache wird, dann brauchen wir keine territorialen Sicherungen. In diesem Falle können wir auf Vergrößerungen der österreichisch-ungarischen Monarchie verzichten, vorausgesetzt natürlich, daß auch der Feind unser eigenes Gebiet vollständig geräumt hat.“ „Der Wirtschaftskrieg muß unbedingt aus jeder Zukunftskombination ausgeschaltet werden. Wir müssen, bevor wir Frieden schließen, die positive Sicherheit haben, daß unsere heutigen Gegner diesem Gedanken entsagt haben. Das sind die Grundprinzipien der neuen Weltordnung, so wie sie mir vorschweben und welche auf der

allgemeinen Abrüstung basieren.“ „Niemand möge sich darüber täuschen, daß dieses unser so friedfertig moderiertes Programm nicht für ewige Zeiten gilt und gelten kann. Wenn unsere Feinde uns zwingen, den Krieg fortzusetzen, dann werden wir gezwungen sein, unser Friedensprogramm zu revidieren und unsererseits Ersatz zu erlangen. Ich spreche für den jetzigen Augenblick, weil ich die Ueberzeugung habe, daß jetzt auf der entwickelten Basis der Weltfriede zustande kommen könnte. Bei der Fortsetzung des Krieges aber behalten wir uns freie Hand vor. Ich bin felsenfest davon überzeugt, daß wir in einem Jahre noch unvergleichlich günstiger dastehen werden als heute, aber ich würde es für ein Verbrechen halten, wegen irgendwelcher materieller oder territorialer Vorteile diesen Krieg auch nur einen Tag länger fortzuführen, als es die Integrität der Monarchie und die Sicherheit der Zukunft fordert. Aus diesem Grunde allein bin ich für einen Verständigungsfrieden gewesen und bin noch heute für denselben. Wenn aber unsere Feinde nicht hören wollen, wenn sie uns zwingen, dieses Morde fortzusetzen, dann behalten wir uns eine Revision unseres Programmes und die Freiheit unserer Bedingungen vor. Ich bin nicht sehr optimistisch betreffs der Geneigtheit der Entente, jetzt einen Verständigungsfrieden auf obiger Basis zu schließen. Die erdrückende Mehrheit der ganzen Welt will diesen unseren Verständigungsfrieden, aber einige wenige Menschen verhindern ihn. Mit kaltem Blute und ruhigen Nerven werden wir in diesem Falle unseren Weg weiter gehen. Unsere Stunde wird kommen und mit ihr die sichere Gewähr der freien und friedlichen Entwicklung Oesterreich-Ungarns.“

Auch Zar Ferdinand von Bulgarien und der Sultan antworteten auf die Note des Heiligen Vaters in ähnlichem entgegenkommenden Sinne. In ersterem Schreiben, das am 25. September veröffentlicht wurde, weist Zar Ferdinand auf die von den Bulgaren von jeher erstrebte Einigung des ganzen bulgarischen Volkes hin. Im zweiten, das der Presse am 30. September mitgeteilt wurde, betont der Sultan die Wahrung der vollen Souveränität und Integrität des türkischen Gebietes. Ein eigenes Antwortschreiben König Ludwigs von Bayern vom 21. September legt vor dem Heiligen Vater aus voller Sachkenntnis heraus Zeugnis ab für die stets betätigte Friedensliebe des deutschen Kaisers, der deutschen Bundesfürsten und des deutschen Volkes.

Die Friedensnote des Papstes wie die Antworten der Mittelmächte, die nach unserer wohlbegründeten festen Ueberzeugung vom gleichen aufrichtigen und ernstlichen Friedenswillen eingegeben sind, können wir mit Recht als den Vormarsch des Friedensgedankens bezeichnen. Bei den Friedensschlüssen im Osten sind die Mittelmächte dem Grundsatz eines Friedens ohne gewaltsam erzwungene Gebietsabtretungen und ohne Kriegsschädigungen treu geblieben. Wenn sie die von den Bolschewiken den Völkern Rußlands angebotene und von diesen angenommene und durchgeführte Verselbständigung, soweit sie die Randvölker betrifft, in den Friedensvertrag aufnahmen und mit den neuentstandenen Staaten mit deren Uebereinstimmung ein möglichst günstiges Verhältnis anzubahnen suchten, so war das ihr gutes Recht. Wie würde England verfahren sein, wenn es sich in einer gleich günstigen Lage befunden hätte? Wenn der mit Rumänien zu erwartende Friede, wie sicher vorausszusehen ist, die Ab-

tretung der Dobrußtscha an Bulgarien bringt, so handelt es sich hier um den Abschluß eines langwierigen Teilungsprozesses zwischen den auf dem Boden der alten Türkei lebenden Völkern, der durch die Liquidierung des größten Teiles des europäischen Besitzes der Türkei beim letzten Balkankriege eingeleitet wurde. Es ist auch nicht zu übersehen, daß die günstigen Angebote der Mittelmächte an die Ententeländer durch unsere leitenden Staatsmänner als befristet erklärt wurden. Zwischen dem Angebot an Italien und der Gegenwart liegt die an die Stelle der letzten Isonzschlacht getretene italienische Niederlage von Karfreit, zwischen dem Angebot an den ganzen Verband und der Gegenwart liegen die feindseligen Drohungen der verantwortlichen Leiter aller Verbandsregierungen, Serbiens und des geschlagenen Italiens nicht ausgenommen.

2. Hemmungen des Friedensgedankens. Weder England noch Frankreich noch Italien haben sich bemüht gefunden, die päpstliche Friedensnote zu beantworten; in Reden wurde nur erklärt, man habe der Antwort des Heimdärmediplomaten jenseits des Ozeans nichts hinzuzufügen. Den Grund dieses Verhaltens sieht man allgemein darin, daß der von Italien geforderte und von den beiden anderen Mächten angenommene Zusatz zum Londoner Vertrage, nach dem die beiden anderen Mächte eine Ablehnung jeder päpstlichen Einmischung in die Friedensverhandlungen von seiten Italiens zu unterstützen haben, hier wirksam geworden sei. Wie so mancher andere für den Verband äußerst belastende Geheimvertrag, so wurde auch dieser von den Bolschewiken veröffentlicht. Nach der italienischen Niederlage von Karfreit nahm in Italien die schon vorher bemerkbare Agitation gegen die päpstliche Friedensnote ganz bedenkliche Formen an. In einer eigenen weit verbreiteten Broschüre wurde erklärt, daß die durch die Friedensnote des Papstes unter den italienischen Soldaten hervorgerufene pazifistische Stimmung die Niederlage von Karfreit verschuldet habe. Aufrichtigere Naturen haben jedoch der von den italienischen offiziellen Sozialdemokraten ausgehenden antimilitaristischen Propaganda einen weit größeren Anteil daran zugeschrieben. Die militärische Untersuchung gibt dem bei Cadorna sehr einflussreichen General Porro die Schuld, der in die höchsten Kommandostellen eine große Zahl unfähiger Generale gebracht habe, welche dann den katastrophalen Rückzug verschuldet hätten. Das Pitanteste an der ganzen Sache ist aber, daß, wie der „Corriere d'Italia“ und Maurice de Waleffe im Pariser „Journal“ übereinstimmend feststellen, der Vatikan die Friedensnote zunächst als ein ausschließlich für die Staatskanzleien bestimmtes Dokument betrachtet habe, das nur durch eine von England wohl nicht ohne Absicht begangene Indiskretion in die Öffentlichkeit gekommen sei. Während die „Times“ noch weiter wissen will, den Papst habe bei Abfassung der Note auch das geheime Streben geleitet, Oesterreich durch religiöse Bedenken abzuhalten, daß seine

Truppen den Fuß auf den geheiligten Boden Italiens setzten, hat man von anderer Seite wieder gefragt, wie so es denn komme, daß die durch die Indiskretion der englischen Regierung bekannt gewordene Note nicht bei den katholischen Soldaten der Mittelmächte die gleiche Wirkung gehabt hätte.

Der eigentliche Stein auf dem Wege des Friedensgedankens ist aber ohne Zweifel die Antwort des Herrn Wilson. Man versteht die Bedeutung der Antwort Wilsons nicht, wenn man sich nicht gegenwärtig hält, daß der ganze Weltkrieg zugleich ein Krieg der Loge ist und daß Wilson nicht nur als Präsident der Vereinigten Staaten, sondern auch als Stimmführer der Loge spricht. Die Werkzeuge, mit denen er zur Verwirklichung seiner Ideen rechnet, sind nicht nur die Machtmittel der Verbandsstaaten, sondern auch die Ideen- und Gesinnungsgemeinschaft der freimaurerischen Kreise in den Mittelstaaten. Soweit es gegen Monarchie und Christentum geht, das weiß Wilson, sind Pilatus und Herodes Freunde. Auf seine Mitspieler in den Mittelstaaten zählt Wilson. Schon in den ersten Anfängen des Krieges, als Wilson im Interesse des Verbandes die Neutralität noch für das Vorteilhafteste hielt, schrieb man, seine Abneigung gegen die Mittelstaaten komme von seinen demokratischen Ideen her, denen der deutsche Kaiser ein Greuel sei. Unter dem Militarismus, den die Entente zu bekämpfen vorgab, war in Wirklichkeit nur die Monarchie verstanden. Wenn man sich für die „Demokratie“ ins Zeug legte, verstand man darunter lediglich die den Logeninteressen restlos dienstbare freimaurerische Republik. Vergessen wir nicht, nach dem Mundschießen der Mailänder Loge vom 20. September 1914 soll ja der Krieg der Herbeiführung eines Zeitalters „frei von Thronen und Altären“ dienen, nach dem durch ein österreichisches U-Boot aufgefishten Privatbriefe eines englischen Gesandtschaftsbeamten in Athen soll es „so was wie Könige“ nach diesem Kriege überhaupt nicht mehr geben. Die „Gesellschaft der Nationen“, von der man spricht, ist selbstverständlich nichts anderes, als die freimaurerische Weltrepublik. Der lothringische Ueberläufer André Lichtenberger hat in dieser Beziehung Wilsons „Friedensnote“ vom Dezember 1916 ganz richtig verstanden, wenn er am 3. Jänner 1917 in der „Victoire“ schreibt: „Wenn wir Sieger sind, werden wir nach dem Plane des Präsidenten Wilson eine bleibende Republik der Völker gründen; werden wir aber besiegt, dann wird es zwei Arten von Völkern geben, das 'königliche Volk der Deutschen' und alle anderen Völker des Weltballs.“

Die Verbissenheit in die Logenideale, denen schon so manches Volk im Widerspruch mit seinen eigensten Interessen geopfert ward, und an deren Durchsetzung man verzweifelt, wenn nicht die jetzige nie mehr wiederkehrende Weltkoalition gegen die Mittelmächte den Erfolg bringt, verleitet selbst die Angelsachsen, welche die künftige freimaurerische Weltrepublik zu dirigieren hoffen, zu den ver-

zweifeltsten Anstrengungen, um ihr Ziel, das sich immer mehr als mit Waffengewalt allein nicht durchführbar erweist, durch Mobilisierung der „demokratischen“, lies freimaurerischen Kräfte in den Mittelstaaten selbst zu erreichen. Schon im Laufe des Jahres 1916 versuchte man auf jede Weise in dem führenden Deutschland einen Keil zwischen „Regierung“, lies Kaiser, und Volk zu treiben. Am 10. Mai dieses Jahres sagte Staatssekretär Grey zu einem amerikanischen Pressevertreter: „Wir würden uns freuen, das deutsche Volk frei zu sehen, wie wir selbst frei zu sein wünschen, wie wir auch wünschen, daß die anderen Nationen frei in der Welt seien (auch die Irländer, Ägypter, Jnder und Buren?) . . . Wir glauben, daß, wenn einmal die Träume von der Weltherrschaft, die der Pan-germanismus groß gezogen hat, zunichte gemacht sind, das deutsche Volk darauf bestehen wird, seine Regierung zu beaufsichtigen. Darin liegt die Hoffnung, die Freiheit und die nationale Unabhängigkeit Europas zu schaffen; denn eine deutsche Demokratie wird keine Kriegspläne schmieden.“ Am 30. Oktober 1916 erklärte der Logenhauptling Bissolati: „Wir wollen, daß mit der Zertrümmerung des preußischen Militarismus die heute im Gefängnis erstickte Stimme Liebknechts zur Stimme des deutschen Volkes werde.“ Von dem Flugblatte, das zur Verurteilung Liebknechts Anlaß gegeben hatte, jagte Haase im deutschen Reichstage, es habe nichts anderes gesagt, „als was jeder Sozialdemokrat hier schon ausgesprochen hat“. Im Mai zitierte Graf Andrássy in einer Rede in München das bezeichnende Wort Kossuths aus dem Jahre 1848: „Ich bin mir der natürlichen Wahrheit bewußt, daß die ungarische Nation berufen ist, mit der freien deutschen Nation und daß die deutsche Nation berufen ist, mit der freien ungarischen Nation in engem Freundschaftsbündnis zu leben und gemeinsame Wacht zu halten über die westliche Zivilisation.“ Kossuth war Freimaurer und Andrássy ist es noch heute und wir wissen heute sehr genau, was im freimaurerischen Jargon eine „freie“ Nation und die „westliche Zivilisation“ bedeuten. Die vom Verbande geforderten „Garantien“ sind nach einer französischen Zuschrift an die „Neue Zürcher Zeitung“ „bekanntlich das delikateste Kapitel, weil sie mit der inneren Entwicklung Deutschlands zusammenhängen. Ich wage die Frage aufzuwerfen, ob ein nach dem heutigen Meinungszustand in Deutschland ersöffener Friede wirklich ein Frieden mit Garantien wäre.“ Am 22. März 1917 hob im deutschen Reichstage der Sozialdemokrat Ruhnert die Schuld am Kriege dem Kanzler und dem Kaiser persönlich zu. Er würde unser Vaterland beglückwünschen, wenn es einen solchen Fortschritt aufweisen würde, wie ihn „Rußland jetzt aufweise“, nämlich seit der russischen Revolution. Wie die „Kölnische Volkszeitung“ (23. April 1917) berichtet, hat man in Madrid über die Pläne der Freimaurer folgendes in Erfahrung gebracht: Der wichtigste Gegenstand, mit dem sich die Freimaurerei jetzt beschäftige,

sei der Plan, in Deutschland eine starke Bewegung gegen die Monarchie hervorzurufen. Man hoffe, daß es durch die Verbindungen zwischen deutschen und russischen Arbeitern gelingen werde, in Deutschland eine revolutionäre Bewegung zu entfachen. Grundlage des allgemeinen Weltfriedens müsse die Absetzung des deutschen Kaisers sein und es handle sich also zunächst darum, die Mittel zu diesem Ziele zu finden und anzuwenden. Der Freimaurerkongreß in Paris werde in erster Linie diese Frage zum Gegenstand seiner Beratungen machen. In den Vereinigten Staaten nehme die Freimaurerei den gleichen Standpunkt ein und dort werde in den betreffenden maßgebenden Kreisen bereits ausgesprochen, daß die Absetzung des deutschen Kaisers nötig sei. In Argentinien habe die von der Freimaurerei ausgegebene Losung bereits gezündet; nach einer Meldung vom 3. April haben dort die Mitglieder 40 verschiedener Freimaurerlogen eine große Kundgebung gegen Deutschland veranstaltet. Die „Kölnische Volkszeitung“ stellt daraufhin fest, daß „die ganze Weltfreimaurerei augenblicklich stark am Werke ist, um gegen Deutschland alle Mittel in Bewegung zu setzen“ und daß „die allgemeine Heze gegen die deutsche Monarchie tatsächlich seit mehreren Wochen wie auf ein gemeinsames Lösungswort hin in der ganzen Welt betrieben wird“. In derselben Zeitung (18. Juni 1917) lesen wir: „In den Vereinigten Staaten sollen Deutschamerikaner unter freimaurerischen Einfluß einen Bund gegründet haben, der sich ‚Liga der Freunde der deutschen Republik‘ nennt. Dieser Bund hat zum Ziel, die Absetzung des Kaisers und die Errichtung einer deutschen Republik. Die Freimaurer seien entschlossen, allen Monarchien, die in Europa noch übrig geblieben sind, ein Ende zu bereiten und sie in Republiken zu verwandeln.“ Der ehemalige Schriftleiter der „Berliner Morgenpost“, Dr Kösemayer, der Verfasser des antideutschen Schmählibells J'accuse, und Dr Fernau, ein guter Freund Trozkis, beide Freimaurer, haben, wie die „Augsburger Postzeitung“ (7. Juni 1917) nach einem Freimaurerorgan berichtet, vor etwa zwei Monaten in Bern eine „deutsche republikanische Partei“ gegründet, „die bisher, wie uns aus kompetenten Kreisen berichtet wird, eine reinrassisch maurerische Institution ist“. Es ist von „raschen Fortschritten der republikanischen Bewegung in Deutschland, besonders in Arbeiterkreisen“, die Rede, von „Sektionen in Berlin, München, Leipzig, Stuttgart“ und von „angesehenen Mitgliedern der liberalen Partei, welche seit Kriegsbeginn zum Zeichen des Protestes gegen die Politik der deutschen Regierung sich aus dem öffentlichen Leben zurückzogen“. Jener Hinweis auf die Arbeiterschaft erschien am Vorabend der Arbeiterstreiks. Nicht lange hernach habe jedoch Kösemayer einem Mitarbeiter des „Temps“ gegenüber die Ausichtslosigkeit einer Revolutionierung der deutschen Arbeiterschaft nach dem russischen Muster zugegeben. Erweist sich auch der revolutionäre Weg für den Augenblick noch nicht

als gangbar, so hat man auf den Grundgedanken doch nicht verzichtet. Scheidemann glaubt, daß es vollständig genüge, Deutschland auf der schiefen Ebene der „Demokratisierung“ und „Parlamentarisierung“ mit Macht voranzutreiben.

Nach diesen Ausführungen wird man sofort erkennen, daß der Kern der bereits am 28. August auf das päpstliche Friedensschreiben erfolgten Antwort Wilsons in der Erklärung liegt, daß die, wie Wilson fest behauptet, am Weltkriege schuldige deutsche Regierung nicht verhandlungsfähig sei, daß das Wort der gegenwärtigen Beherrscher Deutschlands als Bürgschaft für irgendwelche dauernde Abmachungen unzulänglich sei, wenn es nicht durch den beweiskräftigen Ausdruck des deutschen Volkes selbst unterstützt werde, daß überhaupt der Friede nicht auf den Rechten der Regierungen, sondern auf denen der Völker beruhen müsse. Es ist dies derselbe Wilson, der, als er noch nicht der Sklave der amerikanischen Hochfinanz war und noch unbefangener urteilte, schrieb: Daß das Deutsche Reich „auf Grund von Gesetzen und nicht auf Grund von Vorrechten“ von dem durch den Bundesrat beschränkten Kaiser regiert wird, daß der Reichskanzler dem aus dem allgemeinen, gleichen, unmittelbaren und geheimen Wahlen gebildeten Reichstage und vor allem dem Gesetze verantwortlich ist, daß Preußen erfolgreich bestrebt gewesen ist, „eine größere Vollkommenheit in seiner Verwaltungsorganisation zu erreichen als irgend ein anderer Staat in Europa“, daß die Hohenzollern die Verwaltung Preußens zielbewußt entwickelt und gefördert haben, indem sie mehr und mehr bestrebt waren, „sich auf den Rat der wissenschaftlich gebildeten Fachmänner in der organischen Entwicklung des Regierungssystems zu verlassen“. So Wilson in seinem 1913 von Günther Thomas ins Deutsche übersezten Werke vom „Staat“, zu dem Wilson selbst eine Vorrede schrieb.

Ein boshafter Zufall wollte, daß Wilson seine Anklage gegen Deutschland just in dem Augenblicke schrieb, wo der russische Generalstabschef Hanuschkiwitsch sich selbst als Schuldigen am Ausbruche des Weltkrieges entlarvte. Daß Wilson bei seiner Einmischung in die inneren Verhältnisse der Mittelstaaten, die mit seinen Freiheitserufen in merkwürdigem Gegensatz stehen, auf Gegenliebe bei den gewissen Kreisen der Mittelmächte rechnet, beweist die Ernennung Northcliffs in England zum Bestechungsminister für das feindliche Ausland, das beweisen die großen Geldsendungen zuerst Englands, dann Amerikas, dann Rußlands nach den Mittelstaaten zur Förderung jener Pläne. Die Streiks in Deutschland und in Oesterreich, die Haltung der freimaurerisch inspirierten Blätter in den Mittelstaaten und die verdächtigen neuen Zeitungsgründungen und Zeitungsringe und endlich der internationale Konzern der „Revolutionenjuden“ zeigen, daß es am „guten Willen“ in diesen Kreisen nicht fehlt.

3. Aussichten des päpstlichen Friedensgedankens. Die Hoffnung auf einen Verständigungsfrieden von jener Art, wie der Heilige Vater sich ihn gedacht und wie die Mittelmächte ihn herbeizuführen bereit waren, sinkt damit auf Null. Warum sich die bittere Wahrheit verbergen? Das Wesen des Verständigungsfriedens ist der auf beiden Seiten in gleicher Weise bestehende gute Wille zu einer gemeinsamen Vereinigung aller schwebenden Streitfragen im Geiste der Gerechtigkeit, der Billigkeit und der Versöhnlichkeit um des hohen Gutes eines dauernden Friedens willen, von dem man gegründete Hoffnung haben kann, daß er, einmal geschlossen, auch weiter vom gleichen Geiste getragen sei. Schwindet diese Aussicht, ist kein vernünftiger Grund für die Annahme vorhanden, daß die Verbändler sich freiwillig auf einen für beide Teile annehmbaren Standpunkt stellen und auf demselben dann auch beharren, so bleibt schließlich nichts anderes übrig, als auf dem betretenen Wege weiter zu gehen und den mit dem Schwerte errungenen Frieden bei aller Gerechtigkeit, Billigkeit und Mäßigung doch so zu gestalten, daß er der ganzen Geisteslage Rechnung trägt und uns vor allzu bitteren Ueberraschungen in naher Zukunft bewahrt. Primum est vivere, deinde philosophari, das gilt auch hier. Das neue Völkerrecht, die neue Weltordnung, mit der vom Grafen Czernin so überzeugend nachgewiesenen notwendigen Abrüstung und der weitgehenden Anwendung des schiedsgerichtlichen Verfahrens werden jedoch nicht von der Tagesordnung verschwinden. Was bei der Liquidierung des Weltkrieges noch nicht durchgesetzt werden kann, muß etwas später doch in Angriff genommen werden. Erst wenn die verfeindeten Gemüther sich einmal mehr beruhigt haben, wird bei einer Rückschau auf die vom Weltkriege angehäuften Trümmer auch den heute noch in die Logenziele verbissenen Verbändlern die Einsicht kommen, daß in der That nur eine auf Recht und Gerechtigkeit beruhende Weltordnung Bestand haben kann und daß es Aufgabe der Macht ist, das Recht zu schützen. In der That kann die Weltordnung der Macht nicht entbehren; aber nur jene Macht ist wohlthätig, die ihr dient, nicht jene, die sich gegen sie wendet. Jene ungeheure Macht, welche die Loge als stille Leiterin des Verbandes zusammengeballt hat, wurde nicht im Dienste der sittlichen Weltordnung, sondern gegen sie, im Dienste der Cliquenherrschaft aufgeboten. Dieselbe Erscheinung werden wir überall und immer wieder haben, so lange die Freimaurerei nicht vom Erdboden verschwunden und die Falschheit und unheilvolle Verderblichkeit der freimaurerischen Ideen nicht zu einem unumstößlichen Axiom bei allen Völkern geworden sind. Auch die Freimaurerei ist sterblich, wenn nur das Christentum zu leben versteht; auch die freimaurerischen Ideen, die leichtesten, die es überhaupt gibt, sind zu überwinden, wenn wir nur für die Verbreitung der siegreichen Ideen des Christentums denselben Eifer entfalten, mit dem das Logentum sich für seine Ideen einsetzt. Und

so dürften wir denn in der Frage nach den Aussichten eines dauerhaften Friedens am besten wieder zur ersten Enzyklika Benedikts XV. greifen, in welcher er mit solchem Nachdruck den Abfall vom Geiste des Christentums als den tiefsten Grund des Krieges erklärte und die unerläßliche Bedingung jeder Hoffnung auf bessere Zeiten in der allseitigen bewußten und energischen Rückkehr zum Geiste des Christentumes sah.

Bericht über die Erfolge der katholischen Missionen.

Von Peter Ritzlitz, Professor in Ried (O.-De.).

I. Heimatliches Missionsleben.

Seit dem letzten Berichte sind zwei Unternehmungen ins Leben getreten, die in der Geschichte der morgenländischen Kirchen und der afrikanischen Missionen einen Markstein bilden dürften. Ueber das erstere schreiben die „Katholischen Missionen“ (Märzheft 1918):

Der Heilige Stuhl hat neben der Propaganda eine neue, davon unabhängige Kongregation für die orientalische Kirche errichtet, die vom 1. Dezember 1917 an alle den Orient betreffenden Angelegenheiten in ihre Hand genommen hat. In seinem Motu proprio spricht der Papst den Wunsch aus, den alten Kirchen des Orients wieder zu ihrem früheren Glanze zu verhelfen. Der Papst will, indem er für die unierten Orientalen eine besondere Kongregation geschaffen hat und in eigener Person deren Leitung übernimmt, dem Vorurteil begegnen, die römische Kirche wolle die Orientalen den Lateinern unterordnen.

Durch ein weiteres Dekret hat Benedikt XV. ein päpstliches Institut für orientalische Studien gegründet. Das Institut, das der oben erwähnten Kongregation für orientalische Kirchen unterstellt wird, soll sich in ganz besonderer Weise mit allen den Orient betreffenden Fragen beschäftigen und so zunächst einen tüchtigen Klerus heranbilden. Das Institut soll auch Lateinern und Orthodoxen, das heißt nicht unierten Orientalen, zugänglich sein, und letzteren Gelegenheit geben, sich persönlich zu überzeugen, daß die katholische Kirche das Licht nicht zu scheuen braucht.

Auch für die afrikanischen Missionen ist ein Werk von großer Bedeutung geschaffen worden. Die rührige St.-Petrus-Claver-Sodalität hat nämlich das alte Knabenseminar „Vorromäum“ in Salzburg erworben und beabsichtigt, in diesem Gebäude eine Zentrale für die afrikanischen Missionen zu errichten. Das Gebäude führt nun den Namen „Claverianum“ und soll in der nächsten Zeit zu dem oben erwähnten Zwecke eingerichtet werden. Die in Maria Sorg bei Salzburg freiwerdenden Räume werden zur Aufnahme schulentlassener, in erster Linie kriegsverwaister Mädchen verwendet, die für die Zwecke der Sodalität ausgebildet werden sollen.

Das silberne Jubiläum, das die St.-Petrus-Claver-Sodalität am 29. April 1919 begeht, wird der hochverdienten Generalleiterin hoffentlich noch reichlichere Mittel zur Verfügung stellen als bisher und sie in die Lage versetzen, das so verdienstliche Werk für immerwährende Zeiten zu sichern. Die dem „Echo aus Afrika“ beiliegenden Einladungen seien